

574 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates IX. GP.

8. 2. 1962

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom
betreffend die Aufnahme von Anleihen in
fremder Währung (Auslandsanleihengesetz
1962).**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Bundesregierung wird ermächtigt, namens der Republik Österreich bis zum Höchstbetrag von 120 Millionen US-Dollar oder deren Gegenwert in ausländischer Währung Anleihen, Darlehen oder Kredite aufzunehmen oder bis zu diesem Höchstausmaß Garantien oder die Ausfallhaftung oder die Haftung als Bürgen und Zahler für Anleihen, Darlehen oder Kredite an sterreichische Unternehmen zu übernehmen, die kreditwürdig und kreditfahig sind und

deren zu fördernde Vorhaben im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen sind.

§ 2. Die Erlöse aus gemäß § 1 abgeschlossenen Verträgen sind zur teilweisen Deckung des sterreichischen Import- oder Investitionsbedarfes zu verwenden.

§ 3. Die Bundesregierung hat dem Hauptausschuß des Nationalrates über die auf Grund dieses Bundesgesetzes aufgenommenen Anleihen, Darlehen oder Kredite und deren Abwicklung sowie über die übernommenen Garantien und Haftungen sowie über die allfällige Inanspruchnahme des Bundes aus den übernommenen Garantien oder Haftungen alljährlich zu berichten.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Erlauernde Bemerkungen

Das Bundesgesetz vom 30. Oktober 1958, betreffend die Aufnahme von Anleihen in fremder Währung, BGBl. Nr. 239, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 4. März 1959, BGBl. Nr. 66 (Auslandsanleihengesetz), ist gemäß § 3 mit 31. Dezember 1961 außer Kraft getreten. Dieses Gesetz, das auf ein ähnliches Gesetz aus dem Jahre 1946 zurückgeht, ist zu einem wichtigen Instrument der sterreichischen Auslandskreditpolitik geworden.

An Stelle des abgelaufenen Gesetzes soll nunmehr zur Vermeidung einer rückwirkenden Bestimmung ein neues Gesetz treten.

Der Entwurf des neuen Gesetzes sieht als Rahmen einen Höchstbetrag von 120 Millionen Dollar vor; dies entspricht annähernd dem Restbetrag, der auf Grund des abgelaufenen Gesetzes mit Jahresende noch offen war. Außerdem ist im § 1 des Gesetzentwurfes neu festgelegt worden, daß eine Haftungsübernahme nur zugunsten solcher sterreichischer Unternehmen erfolgen darf, die kreditwürdig und kreditfahig sind und deren Vorhaben im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen sind.

Der gegenständliche Entwurf sieht keine Befristung vor, da damit kreditpolitische Nachteile verbunden sein können. überdies ist der im § 1 dieses Gesetzes vorgesehene Höchstbetrag von 120 Millionen Dollar nicht revolving, sondern nur einmal ausnutzbar.

In § 3 des Gesetzentwurfes ist vorgesehen worden, daß die Bundesregierung dem Hauptausschuß nicht nur wie bisher über die Kreditaufnahmen und Haftungsübernahmen, sondern auch über die Kreditabwicklung und über die allfällige Inanspruchnahme des Bundes aus übernommenen Haftungen alljährlich zu berichten hat.

Abschließend sei noch festgehalten, daß vorläufig für das Jahr 1962 Anmeldungen für die Übernahme der Bundeshaftung zugunsten mehrerer Auslandsanleihen der Verbundgesellschaft im Gegenwert von rund 22 Millionen Dollar und eines Weltbankkredites der sterreichischen Investitionskredit AG. im Gegenwert von 5 Millionen Dollar vorliegen.